

Antrag Nr. 05-F-02-0046

CDU-Fraktion

Betreff:

EU Chemikalienpolitik
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 12.09.2005 -

Antragstext:

Vorbemerkung:

Wiesbaden ist ein wichtiger Standort für die Forschung und die Herstellung von unterschiedlichen Chemikalien mit einer Vielzahl qualifizierter Arbeitsplätze. Die geplante europäische Chemikalienpolitik wird zu negativen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Wiesbaden führen, die zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen kann.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. gegenüber den hessischen Abgeordneten des EU-Parlaments darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der unmittelbar bevorstehenden Beratungen zum Entwurf der Neuregelung der Chemikalienpolitik (REACH) strikt darauf geachtet wird, dass nicht durch eine zu große Kontrolldichte Arbeitsplätze in der chemischen Industrie gefährdet werden;
2. dabei auch zu verdeutlichen, dass es bei REACH nicht nur um umwelt- oder wirtschaftspolitische Interessen geht, sondern auch Städte mit vielen Arbeitsplätzen in der chemischen Industrie – wie Wiesbaden – nicht zusehen können, wie in dieser Industrie durch übertriebene gesetzgeberische Maßnahmen Arbeitsplätze abgebaut werden;
3. zu prüfen, ob mit der heimischen Chemieindustrie Aktivitäten gegen die geplante Neuregelung der Chemikalienpolitik durchgeführt werden können, um den Chemiestandort Wiesbaden und Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich zu erhalten.

Begründung:

Wiesbaden, 12.09.2005

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Dr. Sven-Uwe Schmitz
Geschäftsführer